

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5643

"Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union; Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Optimale Nutzung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Flexibilität COM(2015) 12 final BR-Drs. 19/15"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 17/5643 vom 10.03.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/8810 des HA vom 27.10.2015
3. Beschluss des Plenums 17/8999 vom 12.11.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 12.11.2015



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:

Optimale Nutzung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Flexibilität

COM(2015) 12 final

BR-Drs. 19/15

Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags gegenüber der Staatsregierung und/oder der Europäischen Union erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat einstimmig beschlossen, das Vorhaben zur weiteren Beratung gemäß § 83c Abs. 1 BayLTGeschO an den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzen zu überweisen.

Begründung:

Die Mitteilung befasst sich mit Planungen der EU-Kommission, die grundsätzliche haushaltspolitische Auswirkungen haben und somit nach dem Ergebnis der Vorprüfung auch landespolitisch von Bedeutung sind.

Konkret geht es insbesondere um folgende Problem-bereiche:

- Fortsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und wachstumsfördernden Strukturreformen für ein nachhaltiges Wachstum in Europa;
- Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch verschiedene von der EU-Kommission geplante Flexibilisierungen;
- Verknüpfung der von der EU-Kommission geplanten Investitionsoffensive für Europa mit einer Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts;
- Schwächung des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch Anwendung der sog. „Investitionsklausel“ unabhängig von der im gesamten Euroraum bzw. in der gesamten EU herrschenden Wirtschaftslage;
- weitreichende Berücksichtigung von Strukturreformen (Strukturreformklausel);
- Sicherstellung von verstärkten Anpassungsanstrengungen in Zeiten sehr guter wirtschaftlicher Entwicklung bei der Konjunkturlage;
- Beschädigung der Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch die von der Kommission empfohlene Fristverlängerung für Frankreich zur Reduzierung des Defizits auf unter 3 Prozent des BIP;
- Kritik der EU-Kommission am Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands im Rahmen des Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Europaangelegenheit des Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
regionale Beziehungen**

Drs. 17/5643

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

**Mitteilung der Kommission an das Europäische
Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank,
den Europäischen Wirtschafts- und Sozialaus-
schuss, den Ausschuss der Regionen und die
Europäische Investitionsbank:
Optimale Nutzung der im Stabilitäts- und Wachs-
tumspakt vorgesehenen Flexibilität**

COM(2015) 12 final
BR-Drs. 19/15

I. Beschlussempfehlung:

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen und um Berücksichtigung der Bedenken im weiteren Verfahren gebeten

1. Der Bayerische Landtag hält die konsequente Fortsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und wachstumsfördernden Strukturreformen für unerlässlich. Um Europa auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzuführen, ist eine konsequente Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts unabdingbar.
2. Der Bayerische Landtag begrüßt, dass die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch in Zukunft strikt einzuhalten sind. Die von der EU-Kommission geplanten Flexibilisierungen in Bezug auf Investitionen, Strukturreformen und die Konjunkturlage lassen in der Gesamtschau allerdings eine erhebliche Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts erkennen. Dadurch wird die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Euroraums insgesamt beschädigt.
3. Der Bayerische Landtag bedauert, dass die EU-Kommission die Investitionsoffensive für

Europa mit einer Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verknüpft. Die EU-Kommission hat angekündigt, dass nationale Beteiligungen am Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) in der präventiven und der korrektriven Komponenten des Stabilitäts- und Wachstumspakts außer Betracht bleiben. Die weitreichende Lockereitung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in Bezug auf nationale Kofinanzierungen für durch den EFSI begünstigte bzw. von der EU kofinanzierte Projekte ist abzulehnen.

4. Anders als bisher wird die EU-Kommission die sog. „Investitionsklausel“ unabhängig von der im gesamten Euroraum bzw. in der gesamten EU herrschenden Wirtschaftslage anwenden. Damit werden die Möglichkeiten, Investitionen mildernd im Stabilitäts- und Wachstumspakt zu berücksichtigen deutlich ausgeweitet. Der Bayerische Landtag sieht darin die Gefahr einer erheblichen Schwächung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.
5. Der Bayerische Landtag sieht die weitreichende Berücksichtigung von Strukturreformen (Strukturreformklausel) in der von der EU-Kommission geplanten Form sehr kritisch, vor allem soweit bereits die Ankündigung von Strukturreformen ausreichend sein soll.
6. Der Bayerische Landtag ist der Auffassung, dass die vorgenommenen Präzisierungen hinsichtlich der Konjunkturlage überarbeitet werden müssen. Dabei ist sicherzustellen, dass in Zeiten sehr guter wirtschaftlicher Entwicklung nochmals verstärkte Anpassungsanstrengungen unternommen werden.
7. Der Bayerische Landtag hält zudem die von der Kommission am 25.02.2015 empfohlene Fristverlängerung für Frankreich zur Reduzierung seines Defizits auf unter 3 % des BIP um weitere zwei Jahre für ein falsches Signal. Dadurch wird die Glaubwürdigkeit des gerade erst reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts erheblich beschädigt. Mangelnde Reformbereitschaft darf nicht noch belohnt werden. Frankreich muss nun konsequent seinen Haushalt konsolidieren und dringend Strukturreformen umsetzen. Die EU-Kommission ist aufgerufen, den weiteren Kurs Frankreichs streng zu überwachen und Verstöße zu sanktionieren.

8. Der Bayerische Landtag weist auch die von der EU-Kommission am 25.02.2015 im Rahmen des Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten geäußerte Kritik am Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands zurück. Der Überschuss ist Ausdruck der starken Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

Ernst Weidenbusch
Volkmar Halbleib

II. Bericht:

1. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat das Verfahren am 14. Juli 2015 in seiner 78. Sitzung federführend beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
in der in I. genannten Weise entschieden.
2. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Verfahren am 27. Oktober 2015 in seiner 32. Sitzung endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:

Optimale Nutzung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Flexibilität

COM(2015) 12 final

BR-Drs. 19/15

Drs. 17/5643, 17/8810

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen und es wird um Berücksichtigung der Bedenken im weiteren Verfahren gebeten:

1. Der Bayerische Landtag hält die konsequente Fortsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und wachstumsfördernden Strukturreformen für unerlässlich. Um Europa auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzuführen, ist eine konsequente Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts unabdingbar.
2. Der Bayerische Landtag begrätfigt, dass die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch in Zukunft strikt einzuhalten sind. Die von der EU-Kommission geplanten Flexibilisierungen in Bezug auf Investitionen, Strukturreformen und die Konjunkturlage lassen in der Gesamtschau allerdings eine erhebliche Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts erkennen. Dadurch wird die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Euroraums insgesamt beschädigt.

3. Der Bayerische Landtag bedauert, dass die EU-Kommission die Investitionsoffensive für Europa mit einer Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verknüpft. Die EU-Kommission hat angekündigt, dass nationale Beteiligungen am Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) in den präventiven und der korrekten Komponenten des Stabilitäts- und Wachstumspakts außer Betracht bleiben. Die weitreichende Lockerung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in Bezug auf nationale Kofinanzierungen für durch den EFSI begünstigte bzw. von der EU kofinanzierte Projekte ist abzulehnen.
4. Anders als bisher wird die EU-Kommission die sog. „Investitionsklausel“ unabhängig von der im gesamten Euroraum bzw. in der gesamten EU herrschenden Wirtschaftslage anwenden. Damit werden die Möglichkeiten, Investitionen mildernd im Stabilitäts- und Wachstumspakt zu berücksichtigen, deutlich ausgeweitet. Der Bayerische Landtag sieht darin die Gefahr einer erheblichen Schwächung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.
5. Der Bayerische Landtag sieht die weitreichende Berücksichtigung von Strukturreformen (Strukturreformklausel) in der von der EU-Kommission geplanten Form sehr kritisch, vor allem soweit bereits die Ankündigung von Strukturreformen ausreichend sein soll.
6. Der Bayerische Landtag ist der Auffassung, dass die vorgenommenen Präzisierungen hinsichtlich der Konjunkturlage überarbeitet werden müssen. Dabei ist sicherzustellen, dass in Zeiten sehr guter wirtschaftlicher Entwicklung nochmals verstärkte Anpassungsanstrengungen unternommen werden.
7. Der Bayerische Landtag hält zudem die von der Kommission am 25. Februar 2015 empfohlene Fristverlängerung für Frankreich zur Reduzierung seines Defizits auf unter 3 Prozent des BIP um weitere zwei Jahre für ein falsches Signal. Dadurch wird die Glaubwürdigkeit des gerade erst reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts erheblich beschädigt. Mangelnde Reformbereitschaft darf nicht noch belohnt werden. Frankreich muss nun konsequent seinen Haushalt konsolidieren und dringend Strukturreformen umsetzen. Die EU-Kommission ist aufgerufen, den weiteren Kurs Frankreichs streng zu überwachen und Verstöße zu sanktionieren.

8. Der Bayerische Landtag weist auch die von der EU-Kommission am 25. Februar 2015 im Rahmen des Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten geäußerte Kritik am Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands zurück. Der Überschuss ist Ausdruck der starken Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Die Präsidentin
I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltung? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts - Erster Senat - vom 8. Oktober 2015
(1 BvR 354/11) betreffend Verfassungsbeschwerde

1. unmittelbar gegen
 - a) das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 12. August 2010
- 2 AZR 593/09 -,
 - b) das Urteil des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg
vom 19. Juni 2009 - 7 Sa 84/08 -,
 - c) das Urteil des Arbeitsgerichts Stuttgart vom 15. Oktober 2008
- 14 Ca 7300/07 -,
 - d) die Abmahnung der Stadt Sindelfingen vom 8. August 2007 - 10.2 - St -,
2. mittelbar gegen
§ 7 des Gesetzes über die Betreuung und Förderung von Kindern in
Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege
des Landes Baden-Württemberg

PII/G1320.11-0006

Drs. 17/8723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Oktober 2015 (Vf. 15-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Satzung des Marktes Wiesau über die Veränderungssperre im Bereich des aufzustellenden Bebauungsplans "Industriestraße Süd" vom 4. November 2013 (PII/G1310.15-0009)
Drs. 17/8722 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. Oktober 2015 (Vf. 66-IX-15) betreffend Vorlage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 23. Oktober 2015 betreffend Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens "Ja zur 'Legalisierung von Cannabis in Bayern' als Rohstoff, Medizin und Genussmittel"

PII-G1310.15-0010

Drs. 17/8728 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. **Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.**
II. **Die Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens liegen nicht vor.**
III. **Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.**

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



ENTH

Europaangelegenheit

4. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die
Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialaus-
schuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Optimale Nutzung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen
Flexibilität
COM(2015) 12 final BR-Drs. 19/15
Drs. 17/5643, 17/8810 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern Barrierefrei 2023 IV – Modellprojekt für kommunale
Aktionspläne zur Barrierefreiheit vorstellen
Drs. 17/6950, 17/8371 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern Barrierefrei 2023 VII – Barrierefreie staatliche
Internet- und Intranetangebote
Drs. 17/6953, 17/8372 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD, Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Anhörung zur Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus
Drs. 17/7133, 17/8633 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Deponie Odelsham
Drs. 17/7413, 17/8825 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Bernhard Roos, Johanna Werner-Muggendorfer SPD
B 299 – Ortsumfahrungen Weihmichl und Neuhausen
Drs. 17/7415, 17/8737 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU weiter verbessern!
Drs. 17/7510, 17/8747 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Georg Rosenthal, Annette Karl u.a. SPD
Prüfung von Wirkungsanalysen bei Maßnahmen der Innovations- und Forschungspolitik
Drs. 17/7546, 17/8735 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Sachverständigenanhörung zum Thema "Optimale Bildung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich sozialer und emotionaler Entwicklung"
Drs. 17/7642, 17/8808 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neue Bezeichnung des Faches "Haushalt und Ernährung" der Mittelschule der Unterrichtswirklichkeit anpassen
Drs. 17/7651, 17/8809 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gerechte Bezahlung für EU-Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in Zukunft mithilfe des Projekts: "Faire Mobilität" durchsetzen
Drs. 17/7654, 17/8748 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hochschule für angewandte Wissenschaften Ansbach im Rahmen des
Konversionsprogramms in Ansbach für die Fläche der Barton-Kaserne
wirksam unterstützen
Drs. 17/7667, 17/8811 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Erwin Huber,
Martin Bachhuber u.a. CSU
Tourismus in Bayern stärken und Gewerbesteuerhinzurechnung
für Reiseveranstalter zurücknehmen
Drs. 17/7668, 17/8732 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Perspektiven für Junglehrerinnen und Junglehrer schaffen – Notstand im
Schulsystem jetzt begegnen!
Drs. 17/7678, 17/8691 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Personelle Aufstockung der Verwaltungsgerichte bei Asylverfahren
Drs. 17/7681, 17/8755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
 Zusätzliche Stellen für Richter und Richterinnen an den Verwaltungsgerichten in Bayern zur Bearbeitung von Klagen abgelehnter Asylbewerber
 Drs. 17/7685, 17/8753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Anhörung zur Umsetzung fairer Beschaffung der öffentlichen Hand
 Drs. 17/7755, 17/8749 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
 Auswirkungen von tschechischen Phasenschiebertransformatoren auf das Stromnetz und bayerische Stromabnehmer
 Drs. 17/7756, 17/8750 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD
 Stoppschild für Orban-Ungarn: Keine Mauern und Zäune gegen in der EU
 Zuflucht Suchende!
 Drs. 17/7757, 17/8751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.

23. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Hochwasserschutz in Ködnitz und Trebgast gewährleisten
Drs. 17/7758, 17/8826 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer,
Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Bericht zur Kooperationsvereinbarung von Polizei und privater
Sicherheitswirtschaft
Drs. 17/7761, 17/8634 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Barrierefreiheit einfach machen II: Bericht über die Planungen der
Staatsregierung
Drs. 17/7765, 17/8653 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Barrierefreiheit einfach machen IV: Anpassung der Bauordnung
Drs. 17/7767, 17/8654 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild,
Angelika Weikert u.a. SPD
Barrierefreiheit einfach machen VI: Für echte Barrierefreiheit
am Arbeitsplatz - Arbeitsstättenverordnung ändern!
Drs. 17/7769, 17/8896 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayern barrierefrei für alle! Bericht barrierefreier Tourismus Bayern Drs. 17/7781, 17/8736 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Eric Beißwenger, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Trichinenuntersuchungsgebühren Drs. 17/7787, 17/8827 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Petra Guttenberger, Peter Winter u.a. CSU Urheberrechtswahrnehmungsgesetz ändern – Interessen der Nutzervereinigungen stärken Drs. 17/7823, 17/8734 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

31. Antrag des Abgeordneten Jürgen Baumgärtner CSU Ausbau des Mobilfunknetzes – Funklöcher im Mobilfunknetz schließen Drs. 17/7824, 17/8739 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Dr. Gerhard Hopp, Judith Gerlach u.a. CSU
Aufbau eines Serviceangebots für Vereine zum nachhaltigen Erhalt der Vereinslandschaft
Drs. 17/7855, 17/8756 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Johanna Werner-Muggendorfer, Horst Arnold u.a. SPD
Administrativpetitionen
Drs. 17/7881, 17/8757 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt u.a. SPD
Kooperationsvereinbarung gegen Einbruchskriminalität
Drs. 17/7882, 17/8632 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Geschwindigkeitsbegrenzung und LKW-Überholverbot auf der A9 im Bereich zwischen Trockau – Bayreuth mittels eines elektronischen Leitsystems anstatt manueller Umschaltung bzw. nur Beschilderung
Drs. 17/8036, 17/8738 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert,
Klaus Adelt u.a. SPD
Internationale Einbruchsbekämpfung
Drs. 17/8108, 17/8725 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert,
Klaus Adelt u.a. SPD
Darknet – Verbrechen ohne Grenzen
Drs. 17/8223, 17/8724 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>